

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

30. Landesversammlung

27. September 2008 in Leipzig

Grüne

Gegenstand:

Sachsen in Europa – Europa in Sachsen

TO-Punkt

Antragssteller:

LAG Europa

A-3

Bemerkungen:

Votum des KV Leipzig

Abstimmung:

Stimmen abgegeben: _____
Gültig: _____
Quorum _____
Ja: _____ Nein: _____ Enth: _____
gewählt :
Zurückgezogen:

1 Sachsen in Europa – Europa in Sachsen 2 grenzenlos transparent und nachhaltig

3 Leitlinien grüner Europapolitik in Sachsen

4 Einreicher: LAG Europa

5 Am 7. Juni 2009 finden in Deutschland wie in den meisten Mitgliedsstaaten der EU die Wahlen
6 zum Europäischen Parlament statt. Diese Wahl ist zusammen mit der Kommunalwahl, die am sel-
7 ben Tag in vielen sächsischen Städten und Gemeinden stattfindet, der erste Urnengang der sächsi-
8 schen Bevölkerung im Superwahljahr 2009. Wir stellen den sächsischen Wählerinnen und Wählern
9 hier die Leitlinien grüner Europapolitik vor.

- 10 • Unser Ziel ist ein grenzenloses und demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger,
11 das handlungsfähig nach innen und außen seine Verantwortung wahrnimmt. Für uns
12 müssen beide Prozesse - Vertiefung und Integration - der EU weiter gehen.
- 13 • Auch wir in Sachsen profitieren von so einer Europäischen Union. Die EU-Strukturfonds
14 sind ein Beispiel für die enormen Chancen, die Sachsen nutzen kann. Der Einsatz von
15 vier Milliarden Euro von 2007-13 erfordert aber eine nachhaltige Investitionspolitik, eine
16 stärkere Mitbestimmung von Kommunen und Zivilgesellschaft sowie endlich Transpa-
17 renz bei der Verwendung der Fördermittel. Wir wollen insbesondere die europäischen
18 Fördermittel für integrierte Stadtentwicklung so eingesetzt wissen, dass die Attraktivität
19 der Kernstädte steigt und der Flächenverbrauch für Wohn- und Gewerbeentwicklung an
20 den Stadträndern sinkt.
- 21 • Klimaschutz ist der Schlüssel für Sachsens zukunftsfähige Entwicklung. Bei keinem ande-
22 ren Thema ist der Nutzen so vielfältig: mehr Klimaschutz nutzt der Umwelt, fördert die
23 Wirtschaft und sichert langfristig die Versorgung mit Strom und Wärme für uns alle.
- 24 • Wir wollen eine EU, die in ihrem Binnenmarkt einen rechtlichen Gestaltungsrahmen
25 setzt, der soziale und ökologische Nachhaltigkeit ermöglicht. Sie kann so in der Globali-

26 **sierung ein Modell sein gegen ein wirtschaftliches „laissez-faire“, das ohne verbindliche**
27 **Regeln zu sozialen und ökologischen Verwerfungen führt.**

28

29 Sächsische Wählerinnen und Wähler,

- 30 • die ähnliche Vorstellungen von der Zukunft der EU haben, wie wir sie hier dargestellt und
31 die generell das Europäische Parlament als Bürgervertretung stärken wollen und
- 32 • zudem nicht wollen, dass die EU zu einem „zahnlosen Papiertiger“ verkommt, der nur viel
33 Papier produziert, manchmal unnötig normiert oder gar ohne Taten bleibt, bitten wir daher:

34 **Gehen Sie am 7. Juni 2009 zur Europawahl und wählen Sie GRÜN für eine**
35 **transparente, ökologische und soziale Europäische Union!**

36

37

BEGRÜNDUNG

38

39 **Unser Ziel: Ein grenzenloses und demokratisches Europa der Bürgerinnen**
40 **und Bürger**

41 Durch die friedliche Revolution von 1989, in der auch unsere historischen bündnisgrünen Wurzeln
42 liegen, erkämpften sich Sächsinen und Sachsen mit Bürgermut den Zugang zu Freiheit und De-
43 mokratie. Wir trugen so auch dazu bei, dass der Eiserne Vorhang gefallen ist, der Europa über
44 Jahrzehnte trennte.

45 Sachsen wie die anderen neuen Bundesländer wurde 1990 als erste der Regionen östlich des Eiser-
46 nen Vorhangs Teil der EU. 2004 traten dann acht und 2007 zwei weitere Staaten und Nationen
47 des ehemaligen Ostblocks der EU bei. Sachsen rückte dadurch von seiner ehemaligen Grenzlage
48 nun in eine zentralere Lage in der neuen EU-27. Seit dem Beitritt Polens und Tschechiens zum
49 Schengen-Raum im Dezember letzten Jahres ist Sachsen ohne Grenzkontrollen nun auch „gren-
50 zenlos“.

- 51 • Wir begrüßen dieses nun „grenzenlose“ Sachsen im EU-Binnenmarkt. Fremdenangst und
52 abschottender Provinzialismus dürfen aber nicht die Antwort auf diese neue grenzenlose
53 Herausforderung sein – auch wenn die Sorge wegen der zunächst angestiegenen Dieb-
54 stahlsquote in den Grenzgebieten nach der Grenzöffnung verständlich ist¹. Wir wollen
55 vielmehr ein offenes Aufeinanderzugehen und Kooperieren mit unseren polnischen und
56 tschechischen Nachbarn. Das erfordert für uns vor allem, dass die grenzüberschreitende
57 Infrastruktur (insbesondere im umweltfreundlichen Verkehr) maßgeblich verbessert wird.
58 Dazu ist generell vonnöten, dass engstirnige Regionalplanung, die stur an Grenzen halt
59 macht, übergeht in grenzüberschreitende Planungen.

60 Die Erweiterungen der EU erhöhten zwangsläufig die strukturellen und institutionellen Herausfor-
61 derungen. Daher braucht die EU, um weiterhin effektiv handeln zu können, einen institutionellen
62 Umbau, der die Zusammenarbeit der EU-Staaten vertieft.

63 Bereits 2002 startete aus diesem Grund ein Konvent zur Zukunft der EU, der auch unter Beteili-
64 gung der damaligen Beitrittskandidaten einen Verfassungsentwurf erarbeiten sollte. 2004 verab-
65 schiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU aufgrund dieses Konvententwurfs dann den
66 „Vertrag über eine Verfassung für Europa“. Bei den nationalen Ratifizierungen dieses Verfas-
67 sungsvertrags gingen jedoch die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden negativ aus.

¹ Im Übrigen ist die Diebstahlquote durch effektivere grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit trotz weiterhin offener Grenze ja inzwischen auch wieder deutlich gesunken.

68 Die EU-Staats- und Regierungschefs machten daher aus dem Verfassungsvertrag einen Reformver-
69 trag, den sie im Dezember 2007 in Lissabon unterzeichneten. Bei den nationalen Ratifizierungen
70 dieses Vertrags von Lissabon ging dieses Jahr nun ein Referendum in Irland negativ aus. Es ist da-
71 her momentan fraglich, wie die institutionelle Vertiefung der EU weitergeht.

- 72 • Die von uns geforderte und unterstützte Vertiefung der EU funktioniert nicht ohne die Ein-
73 beziehung der Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern daher einen transparenten Verfas-
74 sungsprozess, an dessen Ende ein einheitliches Referendum an einem Tag in der ganzen
75 EU für alle EU-Bürgerinnen und Bürger steht. Dafür ist eine europäische Öffentlichkeit
76 vonnöten, die schrittweise den rein nationalen Blickwinkel überwindet und somit zur De-
77 mokratisierung der EU beiträgt.
- 78 • Ein solcher Verfassungsprozess war bis jetzt nicht mit allen 27 Mitgliedsstaaten durchsetz-
79 bar, was wir Grüne bedauern. Dennoch wollen wir nicht wie die „Linke“ „das Kind mit
80 dem Bade auszuschütten“. In Übereinstimmung mit der grünen Bundestagsfraktion mei-
81 nen wir daher, dass die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon ein weiterer Schritt in die
82 richtige Richtung ist, da
 - 83 - die EU-Grundrechtecharta einklagbaren Rechtsstatus erhält und somit die Rechte
84 der Bürgerinnen und Bürger der EU gestärkt werden;
 - 85 - die Position des Europäischen Parlaments (EP) dadurch gestärkt wird, dass die Mit-
86 entscheidung des EP im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren („Gemeinschaftsme-
87 thode“) zum Regelfall wird und die Haushaltsbefugnisse des EP erweitert werden;
 - 88 - die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft zugunsten eines Präsidentenamtes
89 und eines Teamvorsitzes im Rat abgeschafft wird;
 - 90 - das Subsidiaritätsprinzip, das bisher nur auf das Verhältnis zwischen EU und Mit-
91 gliedsstaaten Anwendung fand, nunmehr auch auf das Verhältnis der EU zu den
92 Kommunen angewendet wird;
 - 93 - der Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gestärkt wird;
 - 94 - mit dem Europäischen Bürgerbegehren erstmals ein Element der direkten Demokra-
95 tie auf europäischer Ebene Einzug hält.

96 Die institutionelle Reform der EU gewinnt an besonderer Dringlichkeit, weil die Vereinigung Euro-
97 pas ohne die Integration der Länder des ehemaligen Jugoslawiens noch nicht abgeschlossen ist.
98 Der politischen Instabilität der Region kann nur durch einen zeitgleich erfolgenden Annäherungs-
99 prozess entgegen gewirkt werden. Die Perspektive eines EU-Beitritts trägt in diesen Staaten we-
100 sentlich dazu bei, dass ein zerstörerischer, hasserfüllter Nationalismus nie mehr Oberhand gewin-
101 nen kann und stattdessen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung die Zu-
102 kunft bestimmen.

103 Bei aller Offenheit für weitere Erweiterungen treten wir für die strikte Erfüllung der Kopenhagener
104 Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft ein.

105 Die institutionelle Reform der EU ist auch eine Voraussetzung dafür, dass die EU Herausforderun-
106 gen einer nötigen nachhaltigen Entwicklung anpacken kann, die von Nationalstaaten allein kaum
107 noch zu lösen sind.

108

109 **Sachsen profitiert von der EU-Strukturförderung** 110 **Wir fordern mehr Transparenz und Beteiligung**

111 Die Europäische Regionalpolitik ist dem Ziel verpflichtet, Entwicklungsrückstände von Regionen
112 abzubauen. Dieses Ziel ist der EU so wichtig, dass die EU-Strukturfonds inzwischen zum zweit-

113 größten Haushaltsposten geworden sind. Die neuen Bundesländer, damit auch Sachsen, haben
114 seit 1993 diese Mittel in großem Umfang genutzt².

115 Die Förderprogramme legen fest, für welche Projekte die Mittel eingesetzt werden dürfen. Dabei
116 gibt die EU-Kommission einen allgemeinen Rahmen vor – es ist Sache der Bundesländer, die Pro-
117 gramme je nach dem eigenen Entwicklungsbedarf zu konkretisieren. Die Planungsdokumente hei-
118 ßen „Operationelle Programme (OP)“. Das Sächsische OP für 2007-2013 ist verabschiedet und in
119 Kraft. Insofern betreffen unsere Vorschläge nicht mehr die inhaltliche Schwerpunktsetzung, son-
120 dern „nur noch“ die Umsetzung.

121 Wir sehen folgenden Handlungsbedarf:

122 1. Die Umsetzung der Operationellen Programme wird in überwiegendem Maße durch die Regie-
123 rung des Freistaats und die Ministerien bestimmt. Unsere grüne Landtagsfraktion hat bereits
124 vor dem Sächsischen Verfassungsgericht erreicht, dass die Staatsregierung dazu verpflichtet
125 wurde, das Parlament umfassend und rechtzeitig über die Strukturfonds zu informieren. Das
126 Gericht entschied allerdings auch, dass die Entscheidungen über den Mitteleinsatz zum Schutz
127 des exekutiven Kernbereichs allein der Staatsregierung vorbehalten bleiben.

128 ▪ Unsere grüne Landtagsfraktion setzt sich weiter dafür ein, dass der Landtag durch das
129 Informationsrecht das Mehr an Verantwortung nutzt, um den Haushaltsberatungen
130 mehr Substanz zu verleihen und in der politischen Debatte die eigene Position gegen-
131 über der Staatsregierung in beratender Form zu verdeutlichen.

132 2. Fördermittel sind Steuermittel. Bürgerinnen und Bürger sollten daher frühzeitig erfahren kön-
133 nen, welcher Fördermittelempfänger wie viel Geld und für welches Projekt erhalten soll bzw.
134 erhalten hat. Zurzeit erfährt man nur sehr schwer etwas über den Einsatz der Gelder aus Brüs-
135 sel. Die EU-Kommission kritisiert dies schon länger und hat die Mitgliedsstaaten verpflichtet, al-
136 le relevanten Daten öffentlich zugänglich zu machen. Passiert ist in Sachsen bis heute nichts.

137 ▪ Wir kämpfen dafür, dass jeder Bürger und jede Bürgerin erfahren kann, welche För-
138 dermittel für wen und wofür bewilligt worden sind. Als Steuerzahler/innen haben sie
139 ein Recht darauf.

140 ▪ Mit der mangelnden Transparenz verbunden ist das Problem, dass die möglicherweise
141 negative Auswirkungen von Projekten erst spät erkannt werden – zu spät, um sie noch
142 abzuwenden oder die Umweltauswirkungen abzumildern. Das betrifft Infrastrukturpro-
143 jekte wie Straßenbauvorhaben ebenso wie Investitionen in Wirtschaftsunternehmen
144 (Industrie, Landwirtschaft oder Tourismus).

145 3. Zu jedem Förderprogramm werden Begleitausschüsse gebildet, in denen relevante Organisati-
146 onen der Zivilgesellschaft repräsentiert sind. Auch wenn sich die Kommunikation zwischen Mi-
147 nisterien und den Begleitausschüssen über die Jahre verbessert hat, ist sie doch immer noch
148 eher formaler Natur. Die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten sind bislang mäßig bis gering.

149 ▪ Wir wollen erreichen, dass die Begleitausschüsse rechtzeitig Zugang zu allen entschei-
150 dungsrelevanten Informationen erhalten und dass sie in ihrer Selbstorganisation und
151 Entscheidungsfindung gestärkt werden, auch unter Nutzung von Mitteln der Techni-
152 schen Hilfe.

² Von 1994-2006 sind 10 Mrd. Euro aus den europäischen Strukturfonds in das Ziel-1-Gebiet Sachsen geflossen. In der Förderperiode von 2007-2013 stehen dem Freistaat etwa 4 Mrd. Euro zur Verfügung. Für die Kommunen sind die europäischen Fördermittel eine starke Unterstützung: die Leipziger Stadtverwaltung konnte beispielsweise in den meisten Fällen jeden „kommunalen“ Euro durch drei Euro Fördermittel ergänzen. Herausragende Wirkung erzielte die Gemeinschaftsinitiative URBAN II (2000-2006). 15 Mio. Euro wurden im Leipziger Westen investiert und damit zahlreiche sichtbare, nachhaltig wertvolle Projekte realisiert – und das mit einer breiten Bürgerbeteiligung.

- 153 ▪ Wir setzen uns konsequent dafür ein, dass die Begleitausschüsse Stimmrecht erhalten.
 154 Erst dann wird eine Mitwirkung auch für die Vertreter der Zivilgesellschaft relevant und
 155 wirkungsvoll – und die Ausschüsse von den Fondsverwaltern ernst genommen.
- 156 4. Städte und Gemeinden, Unternehmen und gemeinnützige Organisationen sind die Ebene, wo
 157 ein großer Teil der Fördermittel letztlich eingesetzt wird. Die Sachkompetenz der Praktiker vor
 158 Ort wird ungenügend genutzt.
- 159 ▪ Wir stehen dafür, dass die Kommunikation zwischen Freistaat auf der einen und den
 160 Städten und Gemeinden, den Vertretern der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft auf der
 161 anderen Seite verbessert und bis zum Ende der Förderperiode auf Augenhöhe geführt
 162 wird. Sinnvoll wären hierbei regelmäßig von der Staatsregierung durchgeführte Regio-
 163 nalkonferenzen.
- 164 ▪ Um eine innovativere Verwendung der Fördermittel zu erreichen, schlagen wir vor,
 165 dass bei geeigneten Themen ergänzend zu den „formalen“ Antragsverfahren inhaltli-
 166 che Wettbewerbe ausgerichtet werden. Das betrifft zum Beispiel den Arbeitsmarkt –
 167 andere Regionen in Deutschland haben hier gute Erfahrungen vorzuweisen (Bremen;
 168 NRW).

169

170 Integrierte Stadtentwicklung braucht eine starke Bürgerbeteiligung

171 Die Institutionen der Europäischen Union haben in verschiedenen Beschlüssen und Dokumenten
 172 anerkannt, dass Städte eine zentrale Funktion für die Entwicklung der europäischen Wettbewerbs-
 173 fähigkeit einnehmen.

174 Die Gemeinschaftsinitiative URBAN ist zwar seit 31.12.2006 beendet, aber die Stadtentwicklung
 175 wird von 2007-2013 über den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung weiter gefördert. Ex-
 176 perten nennen die Einordnung der Stadtentwicklung in die Regelförderung „Mainstreaming“.
 177 Damit verbunden sind zwei Effekte. Erstens: die Fördermittel werden (anders als bei URBAN) für
 178 alle Kommunen zugänglich – was grundsätzlich begrüßenswert ist. Zweitens aber - und das finden
 179 wir sehr bedenklich - die qualitativen Ansprüche sinken. URBAN hat für die integrierte Stadtent-
 180 wicklung Maßstäbe gesetzt, hinter die man nicht zurück fallen sollte. Wenn das Sächsische Innen-
 181 ministerium als zuständige Behörde nun lieber auf Investitionen aus Mörtel und Steinen setzt und
 182 die Förderung sozialer Integration und lokaler Ökonomie als weniger notwendig betrachtet, dann
 183 finden wir das nicht nur falsch, sondern sehen darin zudem einen Widerspruch zu den EU-
 184 Förderrichtlinien.

185 Sachsens Städte haben mit den verfügbaren EU-Mitteln in Höhe von 110 Millionen Euro, ihren
 186 zielgerichteten Einsatz vorausgesetzt, die Chance, die laufende Schrumpfung zu steuern, struktu-
 187 relle Defizite zu beseitigen und neue Qualitäten zu entwickeln.

188 Wir meinen, Sachsens Städte sind „schöner“ als der bundesdeutsche Durchschnitt. Mehr noch: Sie
 189 könnten sogar im Stadtumbau an Lebendigkeit und Zukunftsfähigkeit gewinnen!

- 190 • Wir kämpfen dafür, dass die Inhalte der *Charta von Leipzig* als Leitbild der Stadtentwicklung
 191 angewandt werden. D. h. dass ein beschlossenes Programm zur integrierten Stadtentwick-
 192 lung (SEKO oder INSEK) zur Voraussetzung jeglichen Einsatzes von EU-Mitteln gemacht
 193 wird.
- 194 • In unserem Verständnis lässt sich integrierte Stadtentwicklung nicht auf bauliche Maßnah-
 195 men reduzieren. Bürgerbeteiligung, Förderung der sozialen Integration und der lokalen Öko-
 196 nomie gehören in das Paket. Wir setzen uns dafür ein, dass Projekte wie Quartiersmanage-
 197 ment weiter finanziert werden.
- 198 • Wir wollen, dass die öffentlichen Mittel eingesetzt werden, Schrumpfung qualitativ so zu
 199 steuern, dass der erhaltenswerte Altbaubestand in den Stadtquartieren saniert und der nach

200 wie vor laufenden Zersiedelung entgegen gewirkt wird. Diese Strategie bewahrt die Städte
201 vor einem unwiederbringlichen Kultur- und Gesichtsverlust.

202 • Wir setzen uns dafür ein, dass langfristig nicht zu haltende Wohngebäude und Infrastruktur
203 sozialverträglich zurück gebaut werden.

204 • Wir stehen dafür, dass in diesem Zusammenhang in den Denkmalschutz investiert werden
205 muss, weil Investitionen in diesem Bereich Werte und Arbeitsplätze in vielen Handwerksbe-
206 trieben schaffen.

207

208 Klimaschutz ist DER Schlüssel für unsere Zukunftsfähigkeit

209 Auf der LDK im Oktober letzten Jahres haben wir bereits beschlossen: Wir stehen für weitere In-
210 vestitionen in Kohle oder Atom nicht zur Verfügung, umso stärker wollen wir uns für Energiespa-
211 ren und Erneuerbare Energien engagieren.

212 • **CO₂-Reduktionsziel.** Wir sind der Überzeugung, dass über 30% weniger CO₂ bis 2020
213 möglich sind – und wir dennoch nicht mit dicken Pullovern bei Kerzenschein sitzen müssen.
214 Das erfordert allerdings große Anstrengungen, zu denen die EU derzeit nicht gewillt ist.

215 ○ Wir fordern, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis 2020 mindestens
216 30% der CO₂-Emissionen innerhalb ihrer Grenzen reduzieren. Gleichzeitig fordern
217 wir die EU auf außerhalb ihrer Grenzen CO₂-Einsparpotentiale zu nutzen, indem sie
218 Länder des Südens bei deren Klimaschutzanstrengungen technologisch und finan-
219 ziell unterstützt.

220 • **Kommunaler Klimaschutz:** Die hohen Energiepreise sind eine Chance fürs Klima – denn sie
221 zwingen zum Handeln. Sachsens Kommunen sollen mit kommunalen Klimaschutzaktivitäten
222 auf der lokalen Ebene Vorreiter im Klimaschutz werden. Seit Juni 2008 können sie Fördermit-
223 tel des Bundes bei der Aufstellung kommunaler Klimaschutzprogramme sowie der Einstel-
224 lung kommunaler Klimaschutzmanager nutzen. So sollen Investitionen in Energieeffizienz
225 und erneuerbare Energien gefördert werden.

226 ○ Eine energetisch hochwertige Sanierung des Gebäudebestandes ist für Kommunen
227 Herausforderung und Chance zugleich, denn so wird beim CO₂-Sparen gleichzeitig
228 die Haushaltskasse entlastet. Wir setzen uns dafür ein, dass die energetische Sanie-
229 rung von Wohn- und Gewerbegebäuden beschleunigt wird.

230 - Kommunen können sich durch europäische Programme orientieren, anre-
231 gen, fördern und unterstützen lassen. Wir empfehlen den „European Ener-
232 gy Award“ oder „GreenBuilding“ als Programme stärker zu nutzen. Andere
233 Bundesländer sind hier weit aktiver und räumen Preise ab!

234 - Die vom Bund geförderte beispielhafte CO₂-neutrale Gebäudeenergiever-
235 sorgung zeigt den Weg aus der umweltverbrauchenden zentralen Versor-
236 gung in dezentrale umweltgerechte Strukturen.

237 - Sachsen muss verstärkt auf Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis
238 erneuerbarer Energien statt weiter auf den Bau konventioneller Kohlekraft-
239 werke setzen. Eine Übergangstechnologie auf dem Weg dahin ist die städti-
240 sche Energieversorgung in Kraft-Wärme-Kopplung auf GuD-Basis (Gas-
241 und Dampf-Heizkraftwerke).

242 ○ Kommunale wie auch Landesverwaltungen können ihren Beitrag zur Senkung ver-
243 kehrsbedingter Emissionen leisten, indem sie

244 - in Dienstreiseordnungen den konsequenten Vorrang umweltfreundlicher
245 Verkehrsträger durchsetzen

- 246 - umweltfreundlichere kleinere Dienstwagen nutzen und bei städtischen
247 Dienstleistungen und im Fuhrpark auf alternative Antriebe umstellen
- 248 - bzw. durch Nutzung von CarSharing ganz auf eigene Fuhrparks verzichten.
- 249 • **Energieeffizienz:** Derzeit werden immer noch 20% der Energie verschwendet, weil sie nicht
250 effizient genutzt wird. 100 Mrd. kostet das europaweit bis 2020. Wir wissen alle: Energie-
251 sparen rechnet sich.
- 252 ○ Die EU will energieeffizienteste Region der Welt werden. Wir setzen uns dafür ein,
253 dass die möglichen 20% Verbesserung der Energieeffizienz zum *verbindlichen* Ziel
254 der EU werden.
- 255 ○ Wir begrüßen, dass private Investitionen in die Energieeffizienz durch Mittel der EU
256 gefördert werden. Programme wie die Umweltinvestitionsfonds der Kreditanstalt
257 für Wiederaufbau (KfW) oder das Förderprogramm Energieeffizienz und Klima-
258 schutz der SAB sollen unserer Ansicht nach stärker gefördert werden – denn hier
259 liegt die Zukunft.
- 260 • **Subventionen:** Noch immer werden „schmutzige“ Energien subventioniert, d. h. gegenüber
261 umweltfreundlichen Energieträgern künstlich verbilligt.
- 262 ○ Wir treten dafür ein, dass diese Subventionen zugunsten der Förderung erneuerba-
263 rer Energien umgeschichtet werden.
- 264 ○ Des Weiteren sollten die externen Kosten der nicht regenerativen Energieträger, die
265 z.B. durch Umweltschäden entstehen, transparent dargestellt werden. Die Europäi-
266 sche Umweltagentur schätzt diese auf jährlich 40-70 Milliarden . (Wie hoch sind
267 die Schäden in Sachsen, die durch die Braunkohleabbau und -verbrennung verur-
268 sacht werden?)
- 269 • **Sonne, Wind und Biomasse.** Europa hat gerade erst begonnen, sein enormes Potenzial an
270 erneuerbaren Energien zu nutzen. Studien zeigen, dass es langfristig möglich ist, den Strom-
271 bedarf Europas durch erneuerbare Energiequellen zu decken, wenn die richtigen Strategien
272 und Maßnahmen ergriffen werden. Das 20%-Ziel der EU für erneuerbare Energien im Jahre
273 2020 ist ein guter Start, aber das Potenzial ist viel größer. Ihr Anteil an der Europäischen
274 Stromversorgung kann bis 2020 auf 35% erhöht werden.
- 275 ○ Wir begrüßen und unterstützen die Idee der Europäischen Grünen zur Gründung
276 einer *Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE)*. Das würde ei-
277 ne entscheidende Unterstützung für die Entwicklung der Erneuerbaren Energien
278 durch Forschungsförderung, Pilotprojekte und Netzentwicklung bedeuten. Die
279 meisten Europäer sehen die Erneuerbaren Energien als Schlüssel für die Energieer-
280 zeugung der Zukunft. Die Europäische Kommission und manche Mitgliedsstaaten
281 müssen dies endlich anerkennen und nicht weiter auf eine Renaissance der Atom-
282 kraft hoffen.
- 283 ○ Sachsen hat bei der Förderung der Erneuerbaren Energieträger erheblichen Nach-
284 holbedarf. Fährt man durch Brandenburg oder Sachsen-Anhalt, sieht man Windrä-
285 der – mitunter soweit das Auge reicht. Was ist in Sachsen? Auch hier gibt es genü-
286 gend Flächen, die unter Beachtung aller Auswirkungen auf Natur und Mensch
287 nutzbar sind.

288

289 Die EU muss sozialer werden

290 Die solidarische Idee der EU-Strukturpolitik ist ein Beispiel dafür, dass die EU heute mehr als eine
291 Wirtschaftsgemeinschaft ist. Allerdings hält die fortschreitende Integration der Märkte im EU-
292 Binnenmarkt, die sicherlich die Wirtschaftsleistung der gesamten EU erhöht, nicht mit ihrer sozial-
293 politischen Ausgestaltung mit.

294 Die sozialen Verwerfungen in den EU-Mitgliedsstaaten lassen sich nicht mehr allein auf nationaler
295 Ebene lösen. Nein, im Gegenteil: aufgrund der von manchen EU-Institutionen momentan vertrete-
296 nen Dominanz des Wettbewerbsrechts droht den sozialen Sicherheitssystemen und Grundwerten
297 wie der Tariftreue bzw. Tarifautonomie im EU-Binnenmarkt die Erosion.

298 Die EU hat zwar keine Kompetenzen in Fragen Tarifhoheit bzw. Streikrecht. Der EuGH maßt sich
299 beispielsweise aber bei seiner Entscheidung im Fall „Rüffert“ an, politisch legitimes Arbeitsrecht
300 gegen unternehmerische Freiheit abzuwägen und stillschweigend zu kassieren.

301 Ein weiteres Beispiel für eine drohende soziale Schieflage durch die Dominanz des Wettbewerbs-
302 rechts ist die Gefahr, dass die EU-Kommission darauf drängt, soziale Daseinsvorsorge (Kindergär-
303 ten, Pflegedienste, Behindertenhilfe, Drogenberatungsstellen, Frauenhäuser usw.) ungeschützt
304 dem Wettbewerb auszusetzen.

305 Solche Entscheidungen in manchen EU-Institutionen verringern sicherlich eher die Akzeptanz der
306 europäischen Integration in der breiten Bevölkerung als dass sie sie steigern.

307 • Wir setzen dem eine pro-europäische Vision entgegen: Den Gedanken eines *sozialen Bin-*
308 *nenmarktes*. Das Liberalisierungsziel des Binnenmarktes muss sozialen Zielen gleich gestellt
309 werden. Wir wollen die Dominanz des Wettbewerbsgedankens und des „laissez-faire“ im
310 Binnenmarkt, den Abgeordnete von CDU/CSU und FDP im Europäischen Parlament unter-
311 stützen, brechen. Auch hier ist der Vertrag von Lissabon ein Schritt in die richtige Richtung.
312 Wer von der europäischen Integration soziale Fortschritte fordert, darf sich nicht wie die
313 „Linke“ gegen diesen Vertrag stellen. Er enthält mit der EU-Grundrechtecharta ja gerade
314 wichtige soziale Grundrechte; außerdem wird in ihm auch die Zielsetzung des gemeinsa-
315 men Binnenmarktes um das Ziel einer wettbewerbsfähigen *sozialen* und *ökologischen*
316 Marktwirtschaft ergänzt.

317 • Wir begrüßen auch, dass der Vertrag von Lissabon zum ersten Mal im europäischen Pri-
318 märrecht die Grenzen des Binnenmarktes bei der Daseinsvorsorge deutlicher zieht. So stellt
319 er klar, dass es die EU-Mitgliedsstaaten und nicht die EU-Institutionen sind, die die Da-
320 seinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger finanzieren, bereitstellen und in Auftrag stel-
321 len. Klarer als bisher werden durch den Vertrag auch die Verantwortung und Gestaltungs-
322 möglichkeit der kommunalen und der regionalen Verwaltung für diese Dienste betont. Die
323 Grünen im Europäischen Parlament werden sich daher nach Inkrafttreten des Vertrags von
324 Lissabon dafür einsetzen, dass sich die EU-Kommission dem neuen Primärrecht unterordnet
325 und den Kommunen in der Daseinsvorsorge wieder mehr Autonomie einräumt. Die selbst
326 bestimmte Daseinsvorsorge der Kommunen kann also nicht nur bei der Kommunal-, son-
327 dern eben auch bei der am selben Tag stattfindenden Europawahl durch ein Kreuz bei
328 Bündnis90/Die Grünen gestärkt werden.

329 • Für ein sozialeres Europa ist es aber auch wichtig, dass erkannt wird, dass ein europaweiter
330 Arbeitsmarkt bereits existiert. Dadurch muss auch die Rolle der Tarifpartner, der Gewerk-
331 schaften und des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene geklärt werden. Ebenso muss die
332 EU-weite Übertragbarkeit sozialer Leistungsrechte ermöglicht bzw. verbessert werden.

333 • Teil der sozialen Dimension ist die Durchsetzung einer europaweiten Antidiskriminierungs-
334 politik. Wir treten dafür ein, dass diese Grundsätze nicht nur im Privatrecht sondern auch
335 für Waren und Dienstleistungen angewendet werden müssen.

336 Langfristig können wir uns auch einen europäischen Mindestlohn und ein in ganz Europa gelten-
337 des bedingungsloses Grundeinkommen vorstellen. Uns ist aber klar, dass Kernbereiche nationaler
338 Sozialpolitik wie soziale Sicherungssysteme und Beschäftigungspolitik derzeit nicht in der Kompe-
339 tenz der EU liegen. Manche EU-Mitgliedsstaaten sehen europaweite soziale Mindeststandards so-
340 gar als unsolidarischen Protektionismus an. Daher kann eine weiterreichende EU-Integration in
341 sozialen Fragen nur vorankommen, wenn sie langfristig von einer europäischen Öffentlichkeit ge-
342 fordert wird.

343 Wir Grüne haben hier die Hoffnung und den Willen, dass die EU langfristig unter Einhaltung des
344 Subsidiaritätsprinzips ihrem Binnenmarkt einen rechtlichen Gestaltungsrahmen gibt, der europa-
345 weit eine nachhaltige soziale und ökologische Entwicklung ermöglicht. Sie kann so in der Globali-
346 sierung ein Modell gegen ein wirtschaftliches „laissez-faire“ sein, das ohne verbindliche Regeln zu
347 sozialen und ökologischen Verwerfungen führt.